

Bauvorhaben

Ertüchtigung Cranzer und Neuenfelder Hauptdeich

Antragsteller:



Hamburg Port Authority AöR
Neuer Wandrahm 4
20457 Hamburg

Tel.: 040 428 470

Vertreten durch:



ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH
Überseeallee 1
20457 Hamburg

Wasserrechtliche Erlaubnisse zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung und Einleitung ins Oberflächengewässer

WKC Hamburg GmbH
Planungen im Bauwesen
Veritaskai 8
21079 Hamburg
Tel.: 040 / 790001-0
Fax: 040 / 790001-44

www.wk-consult.com

Projekt-Nr.: 2016-249

Stand: 01.03.2022



DOKUMENTEN-KONTROLLBLATT

Auftraggeber: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH
 Überseeallee 1
 20457 Hamburg

Projektbezeichnung: Ertüchtigung Cranzer und Neuenfelder Hauptdeich
 Kurztitel: Ertüchtigung Cranzer und Neuenfelder Hauptdeich
 Projektnummer: 2016-249
 Bearbeitungsinhalt: Wasserrechtliche Erlaubnisse zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung und Einleitung ins Oberflächengewässer

Dokument: 220301 CNH_Erlaubnisse Wasserhaltung.docx
 Bearbeitungsstand: 01.03.2022
 Seitenanzahl: 6 (einschließlich des Deckblatts, ohne Formblätter)

Rev.	Datum	aufgestellt	geprüft	Status
00	01.03.22	PPI	PKN	final

Vorlage: Vorlage Vorplanung – 2016-06-15.docx
 Vorlagenrevision: 02 – 15.06.2016



	Aufstellung	Prüfung	Freigabe
Mitarbeiter	Frank Bohnsack / Tim Pfau	Dr.-Ing. Eckard Schmidt	Dr.-Ing. Eckard Schmidt
Datum	15.06.2016	15.06.2016	15.06.2016

INHALTSVERZEICHNIS

1	VORBEMERKUNG	4
---	--------------------	---

1 VORBEMERKUNG

Im Rahmen der Ertüchtigung des Cranzer und Neuenfelder Hauptdeichs muss für den Einbau von Schachtbauwerken, Deichdränagen, Rohrleitungen und Einleitbauwerken so weit in den Untergrund eingegriffen werden, dass Wasserhaltungsmaßnahmen (Stauwasser) erforderlich werden.

Falls eine Absenkung des Stauwassers zur Ausführung erforderlich wird, kann die Absenkung kleinräumig und temporär durchgeführt werden. Baugruben werden abschnittsweise hergestellt, sodass die in den folgenden wasserrechtlichen Erlaubnissen angegebenen Gesamtfördermengen als Maximalwerte verstanden werden können. Diese treten nicht zeitgleich auf, sondern erstrecken sich über die jeweils angegebene Bauzeit.

Das über Unterdruckanlagen abgepumpte Stauwasser soll beprobt und im Fall des Erfordernisses einer Reinigung unterzogen werden. Je nach Bodenbeschaffenheit können zur Absenkung eine offene Wasserhaltung oder Lanzenbrunnen mit oder ohne Unterdruckanlage zum Einsatz kommen. Es ist vorgesehen, das Wasser zu fassen und nachfolgend in den nahegelegenen alten/neuen Binnendeichgraben abzuleiten.

Für die Porenwasserableitung durch Vertikaldränagen wird ebenfalls eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Grundwasserabsenkung erforderlich. Da das Porenwasser jedoch nicht gefasst werden kann und diffus in den Binnendeichgraben versickert, ist eine Einleitgenehmigung hierfür nicht erforderlich.

Folgende wasserrechtliche Erlaubnisse werden für die unterschiedlichen Bauwerke erforderlich und sind im Folgenden beigefügt:

1. Antrag auf Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung
 - a. Vertikaldränagen zur Porenwasserableitung
 - b. Schachtbauwerke der Deichdränage
 - c. Entwässerungsleitungen der Deichdränage und Straßenentwässerung
 - d. Durchlässe Binnendeichgraben
 - e. Einleitbauwerk ins Neuenfelder Schleusenfleet
2. Antrag auf Wasserrechtliche Erlaubnis nach §8 für die Einleitung von Baugrubenwasser
 - b. Schachtbauwerke der Deichdränage
 - a. Entwässerungsleitungen der Deichdränage und Straßenentwässerung
 - c. Durchlässe Binnendeichgraben
 - d. Einleitbauwerk ins Neuenfelder Schleusenfleet

In den folgenden wasserrechtlichen Erlaubnissen wurde eine anfallende Wassermenge von $0,2 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{m})$ gemäß Geotechnischer Bericht Nr. 04 „Stand sicherheitsnachweise“ (Fichtner Water & Transportation GmbH, April 2020) angesetzt. Diese Wassermenge ergibt sich unter Ansatz eines häufig eintretenden Dauerregens ($0,17 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{m})$) sowie unter Berücksichtigung einer zufließenden Sickerwassermenge aus den Sanden ($0,01 - 0,03 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{m})$). Da die Bauzeit auf die Sommermonate (April bis September) ausgelegt ist, kann die Annahme dieser Wassermenge als realistisch betrachtet werden.

Hierbei ist zu beachten, dass bei der Berechnung der Wassermenge aus Niederschlag die nach Süden entwässernde Deichböschung mit betrachtet wurde. Für die Gesamtmengen über die Bauzeit ist zu berücksichtigen, dass es gerade in den Sommermonaten auch trockene Phasen gibt, in denen den Baugruben kein Niederschlag zufließt. Die in den Formularen angegebene maximale Gesamtfördermenge stellt deshalb eine Worst-Case-Betrachtung dar.

Da es sich bei dem Baugrubenwasser vorrangig um niederschlagsbedingt zulaufendes Sickerwasser handelt, wird eine Aufbereitung/Reinigung des Wassers voraussichtlich nicht erforderlich.

Bei den Angaben zum Bau der Entwässerungsleitungen insbesondere zur Deichdränage ist davon auszugehen, dass aufgrund der sukzessiven Vorgehensweise der "Linienbaustelle" zeitgleich nur ein geringer Anteil der angegebenen Gesamtlänge als offene Baugrube vorhanden sein wird, der einer Bauwasserhaltung bedarf.

Aufgestellt: Hamburg, 01.03.2022

i.A. Pia Pinkenburg, M.Sc.

i.V. Dipl.-Ing. Peter Knabe

WKC Hamburg GmbH
Planungen im Bauwesen
Veritaskai 8
21079 Hamburg

Teil 1: Antrag auf Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung

- a. Vertikaldränagen zur Porenwasserableitung
- b. Schachtbauwerke der Deichdränage
- c. Entwässerungsleitungen der Deichdränage und Straßenentwässerung
- d. Durchlässe Binnendeichgraben
- e. Einleitbauwerk ins Neuenfelder Schleusenfleet

Antrag auf Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung

(Entnahme von Grundwasser sowie ggf. Wiedereinleitung in das Grundwasser) nach dem Gesetz zur
Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I, 2009 Seite 2585 ff)

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Amt für Wasser, Abwasser und Geologie
Wasserwirtschaft -W 12 -
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

1. Lage des Grundstücks, auf dem die Grundwasserabsenkung erfolgen soll:

Straße/Hausnummer: Neuenfelder Hauptdeich, Cranzer Hauptdeich	Mittlere Geländehöhe [m ü. NHN]: ca. +0,5 m NHN bis ca. +10,0 m NHN
Gemarkung: 020703 Neuenfelde, 020702 Cranz	Bemerkungen: Deichgrund
Flurstück.: 5373, 760	

2. Personenbezogene Angaben:

Bauherr/in (= Erlaubnisinhaber/in):

Name: Hamburg Port Authority AöR	
Anschrift: Neuer Wandrahm 4, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 42847-0

Antragsteller/in:

Name: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA	
Anschrift: Überseeallee 1, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 380880-0

Beauftragte Firma zur Grundwasserabsenkung und Ansprechpartner/in der Firma:

Firma: wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung) festgelegt	
Anschrift:	Telefon:
Ansprechpartner/in:	
E-Mail:	Telefon:

3. Beschreibung des Vorhabens:

Es handelt sich um ein BlmSchG-pflichtiges Bauvorhaben:

ja ☐ nein ☒

Kurzbeschreibung des Bauvorhabens: Zur Beschleunigung der Setzungen ist die temporäre Erstellung eines Auflastkörpers über den gesamten Verlauf südlich des vorhandenen Deiches (ca. 3km Länge) sowie der Einbau von Vertikaldränagen geplant.

Durch die Vertikaldränagen wird Stauwasser Porenwasser) aus den setzungsrelevanten Weichschichten gefördert und

diffus über den überlagernden Auflastkörper in den Binnendeichgraben abgegeben. (s. PFU 01_Erläuterungsbericht)

Zweck der Grundwasserabsenkung:

- ☐ Trockenhaltung der Baugrube bei wasserdurchlässigem Verbau
- ☐ Lenzen / Restwasserhaltung innerhalb eines wasserdichten Baugrubentroges
- ☐ Grundwasserentspannung (Druckspiegelabsenkung unter einer hydraulisch wirksamen Trennschicht)
- ☐ Pumpversuch
- ☒ Sonstiges: Austritt von Porenwasser zur Setzungsbeschleunigung

Art des Baugrubenverbaus: _____

4. Beschreibung der örtlichen Gegebenheiten:

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie:

Die Auffüllungen der Deiche (Klei und Sand) und die Bereiche der Straßen (Tragschicht aus sandiger Auffüllung) werden von gewachsenen organischen Weichböden (Klei, Torf) unterlagert.

Darunter stehen gewachsene schwach bis grobsandige Fein- und Mittelsande an. Hier steht das Grundwasser an. Der Grundwasserleiter wird von der Maßnahme nicht tangiert.

Maßgeblicher k_f -Wert des Grundwasserleiters: nicht erforderlich (m/s)

Nachweise zur Bestimmung des Durchlässigkeitsbeiwertes k_f sind beizufügen, wie z.B. die Ergebnisse eines Pumpversuchs.

Fließrichtung des Grundwassers im ungestörten Zustand: Süd
(z.B. aus Baugrundgutachten oder <http://www.geoportal-hamburg.de/Geoportal/geo-online/index.html>)

5. Beschreibung der Grundwasserentnahme:

	Bauteil 1	Bauteil 2	Bauteil 3	
Bauteilbezeichnung: (z. B. Baugrube gesamt, Bauabschnitt, Fahrstuhlunterfahrten, tiefe Fundamente)	Vertikaldränage im Auflastkörper			
Fläche der Absenkung:	ca. 25.700			m ²
Aushubebene: UK Vertikaldränage	1 m über Unterkante der Weichschicht			m ü. NHN
Art der GW-Absenkung ¹ :	Ableitung von Porenwasser			
Bei Einsatz von Schwerkraftbrunnen: Anzahl / Ausbau (DN / Tiefe):				mm/m
Grundwasserstandshöhen: (bei hydraulisch wirksamer Trennschicht: Wasserstände ober- u. unterhalb angeben)	ca. 1,75			m ü. NHN
Absenkziel: ²	1 m über Unterkante der Weichschicht			m ü. NHN
Absenkmaß:	mittleres Setzungsmaß ca. 0,30 m			m
Reichweite der Absenkung: ²	kleinräumig			m
Beginn der Absenkung:	Mai/August 1. Baujahr			Datum
Ende der Absenkung:	August/Dezember 1. Baujahr (Kreisverkehr April 2. Baujahr)			Datum
Entnahmedauer:	Neuenfelde+Cranz ca. 4 Monate, Kreisverkehr ca. 10 Monate			Monate
Maximale Förderrate: ²	Neuenfelde+Cranz+Kreisverkehr= ca. 43,5 m ³ /d 43,5 m ³ /d / 24 h= ca. 1,8 (nimmt mit Liegedauer des Auflastkörpers ab)			m ³ /h
Maximale Gesamtfördermenge: ³	Neuenfelde+Cranz=ca. 40 m ³ /d, Kreisverkehr = ca. 3,5 m ³ /d			m ³
Maximale Gesamtfördermenge aller Bauteile:	(4M x 31d x 40 m ³ /d) + (10M x 31d x 3,5 m ³ /d)=ca. 6.045			m ³

zu¹:

- Bauhilfsdrainage (offene Wasserhaltung)
- Pumpensumpf (offene Wasserhaltung)
- Vakuumbeaufschlagte Horizontaldrainage
- Vakuumkleinfilterbrunnen
- Schwerkraftbrunnen
- Sonstiges (bitte benennen)

zu²:

Bitte nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen und -methodik (notfalls Schätzungen) beifügen!

zu³:

Nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist für das Entnehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser mit Fördermengen

- von mehr als 10 Mio. m³ jährlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung,
- von mehr als 100.000 m³ und weniger als 10 Mio. m³ jährlich eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles,
- von weniger als 100.000 m³ jährlich (wenn erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind) eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie bei der Wasserbehörde.

6. Beschreibung des Einflussbereiches der Grundwasserabsenkung:

Hierzu sind folgende Unterlagen und Beschreibungen einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Reichweite des Absenktrichters. Bei setzungsempfindlichen Schichten (z. B. organische Weichschichten aus Torf / Klei) im Einflussbereich bzw. Gesamtfördermenge > 100.000 m³ mit Eintragung der berechneten Grundwassergleichen von der Baugrube bis zum unbeeinflussten Bereich mit einem Isolinienabstand von 25 cm (Δs),
- Darstellung empfindlicher Vegetationsbereiche, Naturdenkmäler o.ä. innerhalb des Einflussbereiches der Absenkung,
- Kenntnisse über Altlasten / Altlastverdacht auf dem Baugrundstück bzw. im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung.

Bei Vorhandensein setzungsempfindlicher Schichten innerhalb der Reichweite der Grundwasserabsenkung sind im vorstehend geforderten Lageplan zusätzlich darzustellen:

- die Lage / Ausdehnung der setzungsempfindlichen Schichten,
- durch Setzungen gefährdete Bauwerke (Gebäude, Leitungen etc.) und Bereiche mit möglichen Geländesetzungen,
- Gründungsart der gefährdeten Bauwerke.

Außerdem sind dem Antrag im Falle des Vorhandenseins setzungsempfindlicher Schichten folgende Unterlagen beizufügen:

- Gutachterliche Stellungnahme bzgl. der Auswirkungen der Grundwasserabsenkung auf die setzungsempfindlichen Schichten (Entwässerung, Auftriebsverlust, ...), der daraus resultierenden Auswirkungen auf die Bauwerke / das Gelände sowie geplanter Gegenmaßnahmen (z. B. Reduzierung der Reichweite der Grundwasserabsenkung durch Reinfiltration von gefördertem Grundwasser in denselben Grundwasserleiter),
- Berechnungsnachweise zu den möglichen Bauwerks- und Geländesetzungen,
- Beschreibung geplanter Setzungsmessungen (an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang, ...).

7. Geplante Eigenüberwachung der Grundwasserabsenkung:

z. B. im Hinblick auf Erfassung der geförderten Grundwassermenge, Durchführung von Grundwasserstandsmessungen (Art (Handlotung, Datenlogger, ...), Häufigkeit etc.), Überprüfung der Qualität des geförderten Grundwassers (Analysenumfang / -häufigkeit etc.):

Setzungspegel und Porenwasserdruckpegel. Regelmäßige Analysen des Porenwassers.

Eigen- und Fremdüberwachung wird durch die ausführende Firma gestellt.

Ein Lageplan mit Darstellung vorhandener und geplanter Grundwassermessstellen zur Kontrolle der Grundwasserstände innerhalb und außerhalb der Baugrube ist dem Antrag ggf. beizufügen.

8. Sonstige Angaben:

Sind **Beweissicherungen** durchgeführt worden bzw. geplant? Wenn ja, an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Sind **Maßnahmen zum Schutz der Vegetation** vorgesehen? Wenn ja, welche (z. B. Bewässerung)?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Wird der **natürliche Grundwasserabfluss** durch das Bauwerk und / oder den vorgesehenen Verbleib des Verbaus **im Untergrund behindert**? Ist dadurch ein dauerhafter Grundwasseraufstau und / oder eine dauerhafte Grundwasserabsenkung und / oder eine dauerhafte Umleitung des Grundwassers zu erwarten? Falls ja, Benennung von Vorschlägen zur Verhinderung bzw. Verminderung eines dauerhaften Aufstaus / Absenkens / Umleitens des Grundwassers nach Beendigung der Grundwasserhaltung (z. B. teilweiser Rückbau des Verbaus, Einbau von Kiespackungen zur Verbesserung der Umströmung des Bauwerks):

Nein, da kleinräumige und temporäre Absenkung.

Verbleib des geförderten Grundwassers: / Porenwassers

- ☐ öffentliches Siel¹
☒ Oberflächengewässer¹ Binnendeichgraben
☐ Einleitung in das Grundwasser (das geförderte Grundwasser darf nur in den Grundwasserleiter wieder eingeleitet werden, aus dem es entnommen wurde)

zu ¹: Die erforderliche Einleitungsgenehmigung bzw. Wasserrechtliche Erlaubnis ist bei der jeweils zuständigen Dienststelle separat zu beantragen! Nähere Informationen hierzu erhalten Sie im „Merkblatt zum Umgang mit Baugrubenwasser in Hamburg“ (Download unter www.hamburg.de/abwasser/formulare).

Nur bei Einleitung des geförderten Grundwassers in den genutzten Grundwasserleiter:

Art der Einleitung:

- ☐ Versickerungsanlage¹: Beschreibung: _____
☐ Infiltrationsbrunnen: Ausbau / Anzahl: _____
☐ Sonstiges: _____

zu ¹: Es ist eine detaillierte Dimensionierung gemäß DWA-Arbeitsblatt-A 138 beizufügen.

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie im Bereich der Einleitung:

Darüber hinaus sind bei Einleitung in das Grundwasser mit dem Antrag einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Versickerungsanlage / der Infiltrationsbrunnen,
- Bohrprofile/Schichtenverzeichnisse aus dem Bereich der Einleitung.

Bemerkungen:

9. Einzureichende Antragsunterlagen:

Das Antragsformular, die im Antragsformular geforderten sowie die nachfolgenden Unterlagen sind in **zweifacher Ausfertigung** einzureichen:

- aktueller Flurkartenauszug mit Kennzeichnung der Baugrube,
- Übersichtsplan mit Darstellung des Baugrubenverbaus, der Aushubtiefen, der Wasserhaltungsanlagen, der Ablaufleitung, der Grundwasserfließrichtung, der Grundwassermessstellen etc.,
- Gebäudeschnitt mit Darstellung der Aushubtiefen, des Grundwasserstandes und der Absenkziele,
- Baugrundgutachten inkl. Lageplan ausgeführter Bohrungen, deren Bohrprofile mit angetroffenen Grundwasserständen (auf m ü. NHN bezogen) und eingezeichneter Höhenlage der Baugrubensohle; nach Möglichkeit Darstellung des geologischen Schichtenaufbaus (Profilschnitte),
- vorhandene Grundwasseranalysen; vorliegende Gutachten zu Schadstoffuntersuchungen des Bodens / Grundwassers.
- UVP-Bericht, wenn das Bauvorhaben im Zusammenhang mit einem förmlichen Verfahren nach BImSchG steht.

Datum / Unterschrift Antragsteller/in

Datum / Unterschrift Bauherr/in
oder Vorlage einer Vollmacht



Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Abteilung Wasserwirtschaft:

Telefon:

Frau Putfarcken-Mause:	040/42840-3574
Frau Heuer:	040/42840-5338
Herr Obarowski:	040/42840-3315

Antrag auf Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung

(Entnahme von Grundwasser sowie ggf. Wiedereinleitung in das Grundwasser) nach dem Gesetz zur
Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I, 2009 Seite 2585 ff)

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Amt für Wasser, Abwasser und Geologie
Wasserwirtschaft -W 12 -
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

1. Lage des Grundstücks, auf dem die Grundwasserabsenkung erfolgen soll:

Straße/Hausnummer: Neuenfelder Hauptdeich, Cranzer Hauptdeich	Mittlere Geländehöhe [m ü. NHN]: ca. +0,5 m NHN bis ca. +10,0 m NHN
Gemarkung: 020703 Neuenfelde, 020702 Cranz	Bemerkungen: Deichgrund
Flurstück.: 5373, 760	

2. Personenbezogene Angaben:

Bauherr/in (= Erlaubnisinhaber/in):

Name: Hamburg Port Authority AöR	
Anschrift: Neuer Wandrahm 4, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 42847-0

Antragsteller/in:

Name: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA	
Anschrift: Überseeallee 1, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 380880-0

Beauftragte Firma zur Grundwasserabsenkung und Ansprechpartner/in der Firma:

Firma: wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung) festgelegt	
Anschrift:	Telefon:
Ansprechpartner/in:	
E-Mail:	Telefon:

3. Beschreibung des Vorhabens:

Es handelt sich um ein BlmSchG-pflichtiges Bauvorhaben: ja ☐ nein ☒

Kurzbeschreibung des Bauvorhabens: Zur Ableitung des anfallenden Dränagewassers aus dem Deichkern sowie des Straßenoberflächenwasser werden Schachtbauwerke errichtet.

Für den Bau der Schächte werden Baugruben hergestellt, sodass eine kleinräumige und temporäre Grundwasserabsenkung erforderlich wird. Es handelt sich hierbei um die Absenkung von Stauwasser.

Zweck der Grundwasserabsenkung: (s. PFU 01_Erläuterungsbericht)

- ☒ Trockenhaltung der Baugrube bei wasserdurchlässigem Verbau
- ☐ Lenzen / Restwasserhaltung innerhalb eines wasserdichten Baugrubentroges
- ☐ Grundwasserentspannung (Druckspiegelabsenkung unter einer hydraulisch wirksamen Trennschicht)
- ☐ Pumpversuch
- ☐ Sonstiges: _____

Art des Baugrubenverbaus: _____

Der Baugrubenverbau wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung) festgelegt.

4. Beschreibung der örtlichen Gegebenheiten:

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie:

Die Auffüllungen der Deiche (Klei und Sand) und die Bereiche der Straßen (Tragschicht aus sandiger Auffüllung) werden von gewachsenen organischen Weichböden (Klei, Torf) unterlagert.

Darunter stehen gewachsene schwach bis grobsandige Fein- und Mittelsande an. Hier steht das Grundwasser an. Der Grundwasserleiter wird von der Maßnahme nicht tangiert.

Maßgeblicher k_f -Wert des Grundwasserleiters: _____ nicht erforderlich _____ (m/s)

Nachweise zur Bestimmung des Durchlässigkeitsbeiwertes k_f sind beizufügen, wie z.B. die Ergebnisse eines Pumpversuchs.

Fließrichtung des Grundwassers im ungestörten Zustand: Süd
(z.B. aus Baugrundgutachten oder <http://www.geoportal-hamburg.de/Geoportal/geo-online/index.html>)

5. Beschreibung der Grundwasserentnahme:

	Bauteil 1	Bauteil 2	Bauteil 3	
Bauteilbezeichnung: (z. B. Baugrube gesamt, Bauabschnitt, Fahrstuhlunterfahrten, tiefe Fundamente)	Schachtbauwerke 72 Stück			
Fläche der Absenkung:	je ca. 16			m ²
Aushubebene:	ca. -0,2 bis 8,5			m ü. NHN
Art der GW-Absenkung ¹ :	offene Wasserhaltung			
Bei Einsatz von Schwerkraftbrunnen: Anzahl / Ausbau (DN / Tiefe):				mm/m
Grundwasserstandshöhen: (bei hydraulisch wirksamer Trennschicht: Wasserstände ober- u. unterhalb angeben)	ca. 1,75			m ü. NHN
Absenkziel: ²	Baugrubensohle			m ü. NHN
Absenkmaß:	ca. 3			m
Reichweite der Absenkung: ²	kleinräumige Absenkung			m
Beginn der Absenkung:	April 2. Baujahr			Datum
Ende der Absenkung:	Juli 2. Baujahr			Datum
Entnahmedauer:	je Baugrube ca. 7 Tage			Monate
Maximale Förderrate: ²	je lfdm Baugrube ca. 0,2			m ³ /h
Maximale Gesamtfördermenge: ³	je Baugrube ca. 135			m ³
Maximale Gesamtfördermenge aller Bauteile:	135 m ³ x 72 Schachtbauwerke = ca. 9.720			m ³

zu¹:

- Bauhilfsdrainage (offene Wasserhaltung)
- Pumpensumpf (offene Wasserhaltung)
- Vakuumbeaufschlagte Horizontaldrainage
- Vakuumkleinfilterbrunnen
- Schwerkraftbrunnen
- Sonstiges (bitte benennen)

zu²:

Bitte nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen und -methodik (notfalls Schätzungen) beifügen!

zu³:

Nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist für das Entnehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser mit Fördermengen

- von mehr als 10 Mio. m³ jährlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung,
- von mehr als 100.000 m³ und weniger als 10 Mio. m³ jährlich eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles,
- von weniger als 100.000 m³ jährlich (wenn erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind) eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie bei der Wasserbehörde.

6. Beschreibung des Einflussbereiches der Grundwasserabsenkung:

Hierzu sind folgende Unterlagen und Beschreibungen einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Reichweite des Absenktrichters. Bei setzungsempfindlichen Schichten (z. B. organische Weichschichten aus Torf / Klei) im Einflussbereich bzw. Gesamtfördermenge > 100.000 m³ mit Eintragung der berechneten Grundwassergleichen von der Baugrube bis zum unbeeinflussten Bereich mit einem Isolinenabstand von 25 cm (Δs),
- Darstellung empfindlicher Vegetationsbereiche, Naturdenkmäler o.ä. innerhalb des Einflussbereiches der Absenkung,
- Kenntnisse über Altlasten / Altlastverdacht auf dem Baugrundstück bzw. im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung.

Bei Vorhandensein setzungsempfindlicher Schichten innerhalb der Reichweite der Grundwasserabsenkung sind im vorstehend geforderten Lageplan zusätzlich darzustellen:

- die Lage / Ausdehnung der setzungsempfindlichen Schichten,
- durch Setzungen gefährdete Bauwerke (Gebäude, Leitungen etc.) und Bereiche mit möglichen Geländesetzungen,
- Gründungsart der gefährdeten Bauwerke.

Außerdem sind dem Antrag im Falle des Vorhandenseins setzungsempfindlicher Schichten folgende Unterlagen beizufügen:

- Gutachterliche Stellungnahme bzgl. der Auswirkungen der Grundwasserabsenkung auf die setzungsempfindlichen Schichten (Entwässerung, Auftriebsverlust, ...), der daraus resultierenden Auswirkungen auf die Bauwerke / das Gelände sowie geplanter Gegenmaßnahmen (z. B. Reduzierung der Reichweite der Grundwasserabsenkung durch Reinfiltration von gefördertem Grundwasser in denselben Grundwasserleiter),
- Berechnungsnachweise zu den möglichen Bauwerks- und Geländesetzungen,
- Beschreibung geplanter Setzungsmessungen (an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang, ...).

7. Geplante Eigenüberwachung der Grundwasserabsenkung:

z. B. im Hinblick auf Erfassung der geförderten Grundwassermenge, Durchführung von Grundwasserstandsmessungen (Art (Handlotung, Datenlogger, ...), Häufigkeit etc.), Überprüfung der Qualität des geförderten Grundwassers (Analysenumfang / -häufigkeit etc.):

Regelmäßige Analysen des Baugrubenwassers. Eigen- und Fremdüberwachung wird durch

die ausführende Firma gestellt.

Ein Lageplan mit Darstellung vorhandener und geplanter Grundwassermessstellen zur Kontrolle der Grundwasserstände innerhalb und außerhalb der Baugrube ist dem Antrag ggf. beizufügen.

8. Sonstige Angaben:

Sind **Beweissicherungen** durchgeführt worden bzw. geplant? Wenn ja, an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Sind **Maßnahmen zum Schutz der Vegetation** vorgesehen? Wenn ja, welche (z. B. Bewässerung)?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Wird der **natürliche Grundwasserabfluss** durch das Bauwerk und / oder den vorgesehenen Verbleib des Verbaus **im Untergrund behindert**? Ist dadurch ein dauerhafter Grundwasseraufstau und / oder eine dauerhafte Grundwasserabsenkung und / oder eine dauerhafte Umleitung des Grundwassers zu erwarten? Falls ja, Benennung von Vorschlägen zur Verhinderung bzw. Verminderung eines dauerhaften Aufstaus / Absenkens / Umleitens des Grundwassers nach Beendigung der Grundwasserhaltung (z. B. teilweiser Rückbau des Verbaus, Einbau von Kiespackungen zur Verbesserung der Umströmung des Bauwerks):

Nein, da kleinräumige und temporäre Arbeiten im Stauwasser Bereich.

Verbleib des geförderten Grundwassers: /Stauwassers

- ☐ öffentliches Siel¹
☒ Oberflächengewässer¹ Binnendeichgraben
☐ Einleitung in das Grundwasser (das geförderte Grundwasser darf nur in den Grundwasserleiter wieder eingeleitet werden, aus dem es entnommen wurde)

zu ¹: Die erforderliche Einleitungsgenehmigung bzw. Wasserrechtliche Erlaubnis ist bei der jeweils zuständigen Dienststelle separat zu beantragen! Nähere Informationen hierzu erhalten Sie im „Merkblatt zum Umgang mit Baugrubenwasser in Hamburg“ (Download unter www.hamburg.de/abwasser/formulare).

Nur bei Einleitung des geförderten Grundwassers in den genutzten Grundwasserleiter:

Art der Einleitung:

- ☐ Versickerungsanlage¹: Beschreibung: _____
☐ Infiltrationsbrunnen: Ausbau / Anzahl: _____
☐ Sonstiges: _____

zu¹: Es ist eine detaillierte Dimensionierung gemäß DWA-Arbeitsblatt-A 138 beizufügen.

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie im Bereich der Einleitung:

Darüber hinaus sind bei Einleitung in das Grundwasser mit dem Antrag einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Versickerungsanlage / der Infiltrationsbrunnen,
- Bohrprofile/Schichtenverzeichnisse aus dem Bereich der Einleitung.

Bemerkungen:

9. Einzureichende Antragsunterlagen:

Das Antragsformular, die im Antragsformular geforderten sowie die nachfolgenden Unterlagen sind in **zweifacher Ausfertigung** einzureichen:

- aktueller Flurkartenauszug mit Kennzeichnung der Baugrube,
- Übersichtsplan mit Darstellung des Baugrubenverbaus, der Aushubtiefen, der Wasserhaltungsanlagen, der Ablaufleitung, der Grundwasserfließrichtung, der Grundwassermessstellen etc.,
- Gebäudeschnitt mit Darstellung der Aushubtiefen, des Grundwasserstandes und der Absenkziele,
- Baugrundgutachten inkl. Lageplan ausgeführter Bohrungen, deren Bohrprofile mit angetroffenen Grundwasserständen (auf m ü. NHN bezogen) und eingezeichneter Höhenlage der Baugrubensohle; nach Möglichkeit Darstellung des geologischen Schichtenaufbaus (Profilschnitte),
- vorhandene Grundwasseranalysen; vorliegende Gutachten zu Schadstoffuntersuchungen des Bodens / Grundwassers.
- UVP-Bericht, wenn das Bauvorhaben im Zusammenhang mit einem förmlichen Verfahren nach BImSchG steht.

Datum / Unterschrift Antragsteller/in

Datum / Unterschrift Bauherr/in
oder Vorlage einer Vollmacht



Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Abteilung Wasserwirtschaft:

Telefon:

Frau Putfarcken-Mause:	040/42840-3574
Frau Heuer:	040/42840-5338
Herr Obarowski:	040/42840-3315

Antrag auf Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung

(Entnahme von Grundwasser sowie ggf. Wiedereinleitung in das Grundwasser) nach dem Gesetz zur
Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I, 2009 Seite 2585 ff)

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Amt für Wasser, Abwasser und Geologie
Wasserwirtschaft -W 12 -
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

1. Lage des Grundstücks, auf dem die Grundwasserabsenkung erfolgen soll:

Straße/Hausnummer: Neuenfelder Hauptdeich, Cranzer Hauptdeich	Mittlere Geländehöhe [m ü. NHN]: ca. +0,5 m NHN bis ca. +10,0 m NHN
Gemarkung: 020703 Neuenfelde, 020702 Cranz	Bemerkungen: Deichgrund
Flurstück.: 5373, 760	

2. Personenbezogene Angaben:

Bauherr/in (= Erlaubnisinhaber/in):

Name: Hamburg Port Authority AöR	
Anschrift: Neuer Wandrahm 4, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 42847-0

Antragsteller/in:

Name: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA	
Anschrift: Überseeallee 1, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 380880-0

Beauftragte Firma zur Grundwasserabsenkung und Ansprechpartner/in der Firma:

Firma: wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung) festgelegt	
Anschrift:	Telefon:
Ansprechpartner/in:	
E-Mail:	Telefon:

3. Beschreibung des Vorhabens:

Es handelt sich um ein BImSchG-pflichtiges Bauvorhaben:

ja ☐ nein ☒

Kurzbeschreibung des Bauvorhabens: Zur Ableitung des anfallenden Drainage- sowie Straßenoberflächenwassers in den zukünftigen Binnendeichgraben sollen Rohrleitungen dienen.

Für den Bau werden Baugruben hergestellt, sodass kleinräumige und temporäre Grundwasserabsenkungen erforderlich werden. Es handelt sich hierbei um die Absenkung von Stauwasser.

(s. PFU 01_Erläuterungsbericht)

Zweck der Grundwasserabsenkung:

- ☒ Trockenhaltung der Baugrube bei wasserdurchlässigem Verbau
- ☐ Lenzen / Restwasserhaltung innerhalb eines wasserdichten Baugrubentroges
- ☐ Grundwasserentspannung (Druckspiegelabsenkung unter einer hydraulisch wirksamen Trennschicht)
- ☐ Pumpversuch
- ☐ Sonstiges: _____

Art des Baugrubenverbaus: _____

Der Baugrubenverbau wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung) festgelegt.

4. Beschreibung der örtlichen Gegebenheiten:

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie:

Die Auffüllungen der Deiche (Klei und Sand) und die Bereiche der Straßen (Tragschicht aus sandiger Auffüllung) werden von gewachsenen organischen Weichböden (Klei, Torf) unterlagert.

Darunter stehen gewachsene schwach bis grobsandige Fein- und Mittelsande an. Hier steht das Grundwasser an. Der Grundwasserleiter wird von der Maßnahme nicht tangiert.

Maßgeblicher k_f -Wert des Grundwasserleiters: _____ nicht erforderlich _____ (m/s)

Nachweise zur Bestimmung des Durchlässigkeitsbeiwertes k_f sind beizufügen, wie z.B. die Ergebnisse eines Pumpversuchs.

Fließrichtung des Grundwassers im ungestörten Zustand: Süd
(z.B. aus Baugrundgutachten oder <http://www.geoportal-hamburg.de/Geoportal/geo-online/index.html>)

5. Beschreibung der Grundwasserentnahme:

	Bauteil 1	Bauteil 2	Bauteil 3	
Bauteilbezeichnung: (z. B. Baugrube gesamt, Bauabschnitt, Fahrstuhlunterfahrten, tiefe Fundamente)	Entwässerungsleitungen (längsverlegte Deichdränage inkl. Zulaufleitungen zum Straßenenntwässerung)			Deichgraben,
Fläche der Absenkung:	Neuenfelde: ca. $2.500\text{m} \times 2\text{m} = 5.000\text{ m}^2$ Cranz: ca. $2.500\text{m} \times 2\text{m} = 5.000\text{ m}^2$			m^2
Aushubebene:	ca. -0,2 bis 8,5			m ü. NHN
Art der GW-Absenkung ¹ :	offene Wasserhaltung			
Bei Einsatz von Schwerkraftbrunnen: Anzahl / Ausbau (DN / Tiefe):				mm/m
Grundwasserstandshöhen: (bei hydraulisch wirksamer Trennschicht: Wasserstände ober- u. unterhalb angeben)	ca. 1,75			m ü. NHN
Absenkziel: ²	Baugrubensohle			m ü. NHN
Absenkmaß:	ca. 3			m
Reichweite der Absenkung: ²	kleinräumige Absenkung			m
Beginn der Absenkung:	April 2. Baujahr			Datum
Ende der Absenkung:	Juli 2. Baujahr			Datum
Entnahmedauer: zeitgleich und Cranz,	Entnahme an mehreren Standpunkten in Neuenfelde für 4 Monate (4x 20 Arbeitstage=80 Tage, je 8h Arbeitszeit)			Monate
Maximale Förderrate: ²	$0,2\text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{m})$			m^3/h
Maximale Gesamtfördermenge: ³	$0,2\text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{m}) \times 200\text{ m/d} \times 80\text{ d} \times 8\text{ h} = \text{ca. } 25.600$			m^3
Maximale Gesamtfördermenge aller Bauteile:	$0,2\text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{m}) \times 200\text{ m/d} \times 80\text{ d} \times 8\text{ h} = \text{ca. } 25.600$			m^3

zu¹:

- Bauhilfsdrainage (offene Wasserhaltung)
- Pumpensumpf (offene Wasserhaltung)
- Vakuumbeaufschlagte Horizontaldrainage
- Vakuumkleinfilterbrunnen
- Schwerkraftbrunnen
- Sonstiges (bitte benennen)

zu²:

Bitte nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen und -methodik (notfalls Schätzungen) beifügen!

zu³:

Nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist für das Entnehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser mit Fördermengen

- von mehr als 10 Mio. m^3 jährlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung,
- von mehr als 100.000 m^3 und weniger als 10 Mio. m^3 jährlich eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles,
- von weniger als 100.000 m^3 jährlich (wenn erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind) eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie bei der Wasserbehörde.

6. Beschreibung des Einflussbereiches der Grundwasserabsenkung:

Hierzu sind folgende Unterlagen und Beschreibungen einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Reichweite des Absenkebeckens. Bei setzungsempfindlichen Schichten (z. B. organische Weichschichten aus Torf / Klei) im Einflussbereich bzw. Gesamtfördermenge > 100.000 m³ mit Eintragung der berechneten Grundwassergleichen von der Baugrube bis zum unbeeinflussten Bereich mit einem Isolinenabstand von 25 cm (Δs),
- Darstellung empfindlicher Vegetationsbereiche, Naturdenkmäler o.ä. innerhalb des Einflussbereiches der Absenkung,
- Kenntnisse über Altlasten / Altlastverdacht auf dem Baugrundstück bzw. im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung.

Bei Vorhandensein setzungsempfindlicher Schichten innerhalb der Reichweite der Grundwasserabsenkung sind im vorstehend geforderten Lageplan zusätzlich darzustellen:

- die Lage / Ausdehnung der setzungsempfindlichen Schichten,
- durch Setzungen gefährdete Bauwerke (Gebäude, Leitungen etc.) und Bereiche mit möglichen Geländesetzungen,
- Gründungsart der gefährdeten Bauwerke.

Außerdem sind dem Antrag im Falle des Vorhandenseins setzungsempfindlicher Schichten folgende Unterlagen beizufügen:

- Gutachterliche Stellungnahme bzgl. der Auswirkungen der Grundwasserabsenkung auf die setzungsempfindlichen Schichten (Entwässerung, Auftriebsverlust, ...), der daraus resultierenden Auswirkungen auf die Bauwerke / das Gelände sowie geplanter Gegenmaßnahmen (z. B. Reduzierung der Reichweite der Grundwasserabsenkung durch Reinfiltration von gefördertem Grundwasser in denselben Grundwasserleiter),
- Berechnungsnachweise zu den möglichen Bauwerks- und Geländesetzungen,
- Beschreibung geplanter Setzungsmessungen (an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang, ...).

7. Geplante Eigenüberwachung der Grundwasserabsenkung:

z. B. im Hinblick auf Erfassung der geförderten Grundwassermenge, Durchführung von Grundwasserstandsmessungen (Art (Handlotung, Datenlogger, ...), Häufigkeit etc.), Überprüfung der Qualität des geförderten Grundwassers (Analysenumfang / -häufigkeit etc.):

Regelmäßige Analysen des Baugrubenwassers. Eigen- und Fremdüberwachung wird durch

die ausführende Firma gestellt.

Ein Lageplan mit Darstellung vorhandener und geplanter Grundwassermessstellen zur Kontrolle der Grundwasserstände innerhalb und außerhalb der Baugrube ist dem Antrag ggf. beizufügen.

8. Sonstige Angaben:

Sind **Beweissicherungen** durchgeführt worden bzw. geplant? Wenn ja, an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Sind **Maßnahmen zum Schutz der Vegetation** vorgesehen? Wenn ja, welche (z. B. Bewässerung)?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Wird der **natürliche Grundwasserabfluss** durch das Bauwerk und / oder den vorgesehenen Verbleib des Verbaus **im Untergrund behindert**? Ist dadurch ein dauerhafter Grundwasseraufstau und / oder eine dauerhafte Grundwasserabsenkung und / oder eine dauerhafte Umleitung des Grundwassers zu erwarten? Falls ja, Benennung von Vorschlägen zur Verhinderung bzw. Verminderung eines dauerhaften Aufstaus / Absenkens / Umleitens des Grundwassers nach Beendigung der Grundwasserhaltung (z. B. teilweiser Rückbau des Verbaus, Einbau von Kiespackungen zur Verbesserung der Umströmung des Bauwerks):

Nein, da kleinräumige und temporäre Absenkung.

Verbleib des geförderten Grundwassers: / Stauwassers

- ☐ öffentliches Siel¹
☒ Oberflächengewässer¹ Binnendeichgraben
☐ Einleitung in das Grundwasser (das geförderte Grundwasser darf nur in den Grundwasserleiter wieder eingeleitet werden, aus dem es entnommen wurde)

zu ¹: Die erforderliche Einleitungsgenehmigung bzw. Wasserrechtliche Erlaubnis ist bei der jeweils zuständigen Dienststelle separat zu beantragen! Nähere Informationen hierzu erhalten Sie im „Merkblatt zum Umgang mit Baugrubenwasser in Hamburg“ (Download unter www.hamburg.de/abwasser/formulare).

Nur bei Einleitung des geförderten Grundwassers in den genutzten Grundwasserleiter:

Art der Einleitung:

- ☐ Versickerungsanlage¹: Beschreibung: _____
☐ Infiltrationsbrunnen: Ausbau / Anzahl: _____
☐ Sonstiges: _____

zu ¹: Es ist eine detaillierte Dimensionierung gemäß DWA-Arbeitsblatt-A 138 beizufügen.

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie im Bereich der Einleitung:

Darüber hinaus sind bei Einleitung in das Grundwasser mit dem Antrag einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Versickerungsanlage / der Infiltrationsbrunnen,
- Bohrprofile/Schichtenverzeichnisse aus dem Bereich der Einleitung.

Bemerkungen:

9. Einzureichende Antragsunterlagen:

Das Antragsformular, die im Antragsformular geforderten sowie die nachfolgenden Unterlagen sind in **zweifacher Ausfertigung** einzureichen:

- aktueller Flurkartenauszug mit Kennzeichnung der Baugrube,
- Übersichtsplan mit Darstellung des Baugrubenverbaus, der Aushubtiefen, der Wasserhaltungsanlagen, der Ablaufleitung, der Grundwasserfließrichtung, der Grundwassermessstellen etc.,
- Gebäudeschnitt mit Darstellung der Aushubtiefen, des Grundwasserstandes und der Absenkziele,
- Baugrundgutachten inkl. Lageplan ausgeführter Bohrungen, deren Bohrprofile mit angetroffenen Grundwasserständen (auf m ü. NHN bezogen) und eingezeichneter Höhenlage der Baugrubensohle; nach Möglichkeit Darstellung des geologischen Schichtenaufbaus (Profilschnitte),
- vorhandene Grundwasseranalysen; vorliegende Gutachten zu Schadstoffuntersuchungen des Bodens / Grundwassers.
- UVP-Bericht, wenn das Bauvorhaben im Zusammenhang mit einem förmlichen Verfahren nach BImSchG steht.

Datum / Unterschrift Antragsteller/in

Datum / Unterschrift Bauherr/in
oder Vorlage einer Vollmacht



Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Abteilung Wasserwirtschaft:

Telefon:

Frau Putfarcken-Mause:	040/42840-3574
Frau Heuer:	040/42840-5338
Herr Obarowski:	040/42840-3315

Antrag auf Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung

(Entnahme von Grundwasser sowie ggf. Wiedereinleitung in das Grundwasser) nach dem Gesetz zur
Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I, 2009 Seite 2585 ff)

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Amt für Wasser, Abwasser und Geologie
Wasserwirtschaft -W 12 -
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

1. Lage des Grundstücks, auf dem die Grundwasserabsenkung erfolgen soll:

Straße/Hausnummer: Neuenfelder Hauptdeich, Cranzer Hauptdeich	Mittlere Geländehöhe [m ü. NHN]: ca. +0,5 m NHN bis ca. +10,0 m NHN
Gemarkung: 020703 Neuenfelde, 020702 Cranz	Bemerkungen: Deichgrund
Flurstück.: 5373, 760	

2. Personenbezogene Angaben:

Bauherr/in (= Erlaubnisinhaber/in):

Name: Hamburg Port Authority AöR	
Anschrift: Neuer Wandrahm 4, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 42847-0

Antragsteller/in:

Name: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA	
Anschrift: Überseeallee 1, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 380880-0

Beauftragte Firma zur Grundwasserabsenkung und Ansprechpartner/in der Firma:

Firma: wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung) festgelegt	
Anschrift:	Telefon:
Ansprechpartner/in:	
E-Mail:	Telefon:

3. Beschreibung des Vorhabens:

Es handelt sich um ein BlmSchG-pflichtiges Bauvorhaben: ja ☐ nein ☒

Kurzbeschreibung des Bauvorhabens: Um die Zufahrt zu Privatgrundstücken realisieren zu

können, muss der Binnendeichgraben bereichsweise mit Durchlassbauwerken ausge-

führt werden. Dies gilt auch für die Kreuzung von Stichstraßen. Für den Bau der Durchlässe

müssen Baugruben errichtet werden, sodass kleinräumige und temporäre Grundwasser-

absenkung erforderlich werden. Es handelt sich hierbei um Stauwasser.

Zweck der Grundwasserabsenkung: (s. PFU 01_Erläuterungsbericht)

- ☒ Trockenhaltung der Baugrube bei wasserdurchlässigem Verbau
- ☐ Lenzen / Restwasserhaltung innerhalb eines wasserdichten Baugrubentroges
- ☐ Grundwasserentspannung (Druckspiegelabsenkung unter einer hydraulisch wirksamen Trennschicht)
- ☐ Pumpversuch
- ☐ Sonstiges: _____

Art des Baugrubenverbaus: _____

Der Baugrubenverbau wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung)

festgelegt.

4. Beschreibung der örtlichen Gegebenheiten:

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie:

Die Auffüllungen der Deiche (Klei und Sand) und die Bereiche der Straßen (Tragschicht aus
sandiger Auffüllung) werden von gewachsenen organischen Weichböden (Klei, Torf) unterlagert.

Darunter stehen gewachsene schwach bis grobsandige Fein- und Mittelsande an. Hier steht das
Grundwasser an. Der Grundwasserleiter wird von der Maßnahme nicht tangiert.

Maßgeblicher k_f -Wert des Grundwasserleiters: _____ nicht erforderlich _____ (m/s)

Nachweise zur Bestimmung des Durchlässigkeitsbeiwertes k_f sind beizufügen, wie z.B. die Ergebnisse eines Pumpversuchs.

Fließrichtung des Grundwassers im ungestörten Zustand: Süd
(z.B. aus Baugrundgutachten oder <http://www.geoportal-hamburg.de/Geoportal/geo-online/index.html>)

5. Beschreibung der Grundwasserentnahme:

	Bauteil 1	Bauteil 2	Bauteil 3
Bauteilbezeichnung: (z. B. Baugrube gesamt, Bauabschnitt, Fahrstuhlunterfahrten, tiefe Fundamente)	Durchlassbauwerke Binnendeichgraben 9 Stück		
Fläche der Absenkung:	variiert zwischen ca. 100 m ² und 500 m ² je nach Abmessung des Durchlassbauwerkes		
Aushubebene:	ca. +0,3 m NHN		
Art der GW-Absenkung ¹ :	offene Wasserhaltung		
Bei Einsatz von Schwerkraftbrunnen: Anzahl / Ausbau (DN / Tiefe):			mm/m
Grundwasserstandshöhen: (bei hydraulisch wirksamer Trennschicht: Wasserstände ober- u. unterhalb angeben)			m ü. NHN
Absenkziel: ²	Baugrubensohle		
Absenkmaß:	ca. 2,5		
Reichweite der Absenkung: ²	kleinräumige Absenkung		
Beginn der Absenkung:	April 1. Baujahr		
Ende der Absenkung:	Juli 1. Baujahr		
Entnahmedauer:	variiert zwischen ca. 15 bis 35 Tagen je nach Abmessung des Durchlassbauwerkes		
Maximale Förderrate: ²	je lfdm Baugrube ca. 0,2		
Maximale Gesamtfördermenge: ³	je Baugrube 0,2m ³ /(h*m)* durchschnittlich 25m * durchschnittlich 25d *24h = ca. 3.000		
Maximale Gesamtfördermenge aller Bauteile:	ca. 3.000 m ³ x 9 Durchlassbauwerke = 27.000		

zu¹:

- Bauhilfsdrainage (offene Wasserhaltung)
- Pumpensumpf (offene Wasserhaltung)
- Vakuumbeaufschlagte Horizontaldrainage
- Vakuumkleinfilterbrunnen
- Schwerkraftbrunnen
- Sonstiges (bitte benennen)

zu²:

Bitte nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen und -methodik (notfalls Schätzungen) beifügen!

zu³:

Nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist für das Entnehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser mit Fördermengen

- von mehr als 10 Mio. m³ jährlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung,
- von mehr als 100.000 m³ und weniger als 10 Mio. m³ jährlich eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles,
- von weniger als 100.000 m³ jährlich (wenn erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind) eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie bei der Wasserbehörde.

6. Beschreibung des Einflussbereiches der Grundwasserabsenkung:

Hierzu sind folgende Unterlagen und Beschreibungen einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Reichweite des Absenktrichters. Bei setzungsempfindlichen Schichten (z. B. organische Weichschichten aus Torf / Klei) im Einflussbereich bzw. Gesamtfördermenge > 100.000 m³ mit Eintragung der berechneten Grundwassergleichen von der Baugrube bis zum unbeeinflussten Bereich mit einem Isolinienabstand von 25 cm (Δs),
- Darstellung empfindlicher Vegetationsbereiche, Naturdenkmäler o.ä. innerhalb des Einflussbereiches der Absenkung,
- Kenntnisse über Altlasten / Altlastverdacht auf dem Baugrundstück bzw. im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung.

Bei Vorhandensein setzungsempfindlicher Schichten innerhalb der Reichweite der Grundwasserabsenkung sind im vorstehend geforderten Lageplan zusätzlich darzustellen:

- die Lage / Ausdehnung der setzungsempfindlichen Schichten,
- durch Setzungen gefährdete Bauwerke (Gebäude, Leitungen etc.) und Bereiche mit möglichen Geländesetzungen,
- Gründungsart der gefährdeten Bauwerke.

Außerdem sind dem Antrag im Falle des Vorhandenseins setzungsempfindlicher Schichten folgende Unterlagen beizufügen:

- Gutachterliche Stellungnahme bzgl. der Auswirkungen der Grundwasserabsenkung auf die setzungsempfindlichen Schichten (Entwässerung, Auftriebsverlust, ...), der daraus resultierenden Auswirkungen auf die Bauwerke / das Gelände sowie geplanter Gegenmaßnahmen (z. B. Reduzierung der Reichweite der Grundwasserabsenkung durch Reinfiltration von gefördertem Grundwasser in denselben Grundwasserleiter),
- Berechnungsnachweise zu den möglichen Bauwerks- und Geländesetzungen,
- Beschreibung geplanter Setzungsmessungen (an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang, ...).

7. Geplante Eigenüberwachung der Grundwasserabsenkung:

z. B. im Hinblick auf Erfassung der geförderten Grundwassermenge, Durchführung von Grundwasserstandsmessungen (Art (Handlotung, Datenlogger, ...), Häufigkeit etc.), Überprüfung der Qualität des geförderten Grundwassers (Analysenumfang / -häufigkeit etc.):

Regelmäßige Analysen des Baugrubenwassers. Eigen- und Fremdüberwachung wird durch

die ausführende Firma gestellt.

Ein Lageplan mit Darstellung vorhandener und geplanter Grundwassermessstellen zur Kontrolle der Grundwasserstände innerhalb und außerhalb der Baugrube ist dem Antrag ggf. beizufügen.

8. Sonstige Angaben:

Sind **Beweissicherungen** durchgeführt worden bzw. geplant? Wenn ja, an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Sind **Maßnahmen zum Schutz der Vegetation** vorgesehen? Wenn ja, welche (z. B. Bewässerung)?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Wird der **natürliche Grundwasserabfluss** durch das Bauwerk und / oder den vorgesehenen Verbleib des Verbaus **im Untergrund behindert**? Ist dadurch ein dauerhafter Grundwasseraufstau und / oder eine dauerhafte Grundwasserabsenkung und / oder eine dauerhafte Umleitung des Grundwassers zu erwarten? Falls ja, Benennung von Vorschlägen zur Verhinderung bzw. Verminderung eines dauerhaften Aufstaus / Absenkens / Umleitens des Grundwassers nach Beendigung der Grundwasserhaltung (z. B. teilweiser Rückbau des Verbaus, Einbau von Kiespackungen zur Verbesserung der Umströmung des Bauwerks):

Nein, da kleinräumige und temporäre Arbeiten im Stauwasser Bereich.

Verbleib des geförderten Grundwassers: /Stauwassers

- ☐ öffentliches Siel¹
☒ Oberflächengewässer¹ Binnendeichgraben
☐ Einleitung in das Grundwasser (das geförderte Grundwasser darf nur in den Grundwasserleiter wieder eingeleitet werden, aus dem es entnommen wurde)

zu ¹: Die erforderliche Einleitungsgenehmigung bzw. Wasserrechtliche Erlaubnis ist bei der jeweils zuständigen Dienststelle separat zu beantragen! Nähere Informationen hierzu erhalten Sie im „Merkblatt zum Umgang mit Baugrubenwasser in Hamburg“ (Download unter www.hamburg.de/abwasser/formulare).

Nur bei Einleitung des geförderten Grundwassers in den genutzten Grundwasserleiter:

Art der Einleitung:

- ☐ Versickerungsanlage¹: Beschreibung: _____
☐ Infiltrationsbrunnen: Ausbau / Anzahl: _____
☐ Sonstiges: _____

zu¹: Es ist eine detaillierte Dimensionierung gemäß DWA-Arbeitsblatt-A 138 beizufügen.

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie im Bereich der Einleitung:

Darüber hinaus sind bei Einleitung in das Grundwasser mit dem Antrag einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Versickerungsanlage / der Infiltrationsbrunnen,
- Bohrprofile/Schichtenverzeichnisse aus dem Bereich der Einleitung.

Bemerkungen:

9. Einzureichende Antragsunterlagen:

Das Antragsformular, die im Antragsformular geforderten sowie die nachfolgenden Unterlagen sind in **zweifacher Ausfertigung** einzureichen:

- aktueller Flurkartenauszug mit Kennzeichnung der Baugrube,
- Übersichtsplan mit Darstellung des Baugrubenverbaus, der Aushubtiefen, der Wasserhaltungsanlagen, der Ablaufleitung, der Grundwasserfließrichtung, der Grundwassermessstellen etc.,
- Gebäudeschnitt mit Darstellung der Aushubtiefen, des Grundwasserstandes und der Absenkziele,
- Baugrundgutachten inkl. Lageplan ausgeführter Bohrungen, deren Bohrprofile mit angetroffenen Grundwasserständen (auf m ü. NHN bezogen) und eingezeichneter Höhenlage der Baugrubensohle; nach Möglichkeit Darstellung des geologischen Schichtenaufbaus (Profilschnitte),
- vorhandene Grundwasseranalysen; vorliegende Gutachten zu Schadstoffuntersuchungen des Bodens / Grundwassers.
- UVP-Bericht, wenn das Bauvorhaben im Zusammenhang mit einem förmlichen Verfahren nach BImSchG steht.

Datum / Unterschrift Antragsteller/in

Datum / Unterschrift Bauherr/in
oder Vorlage einer Vollmacht



Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Abteilung Wasserwirtschaft:

Telefon:

Frau Putfarcken-Mause:	040/42840-3574
Frau Heuer:	040/42840-5338
Herr Obarowski:	040/42840-3315

Antrag auf Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis zur vorübergehenden Grundwasserabsenkung

(Entnahme von Grundwasser sowie ggf. Wiedereinleitung in das Grundwasser) nach dem Gesetz zur
Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I, 2009 Seite 2585 ff)

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Amt für Wasser, Abwasser und Geologie
Wasserwirtschaft -W 12 -
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

1. Lage des Grundstücks, auf dem die Grundwasserabsenkung erfolgen soll:

Straße/Hausnummer: Neuenfelder Hauptdeich	Mittlere Geländehöhe [m ü. NHN]: ca. +0,5 m NHN bis ca. +10,0 m NHN
Gemarkung: 020703 Neuenfelde	Bemerkungen: Deichgrund
Flurstück.: 5373	

2. Personenbezogene Angaben:

Bauherr/in (= Erlaubnisinhaber/in):

Name: Hamburg Port Authority AöR	
Anschrift: Neuer Wandrahm 4, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 42847-0

Antragsteller/in:

Name: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA	
Anschrift: Überseeallee 1, 20457 Hamburg	
E-Mail:	Telefon: +49 40 380880-0

Beauftragte Firma zur Grundwasserabsenkung und Ansprechpartner/in der Firma:

Firma: wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung) festgelegt	
Anschrift:	Telefon:
Ansprechpartner/in:	
E-Mail:	Telefon:

3. Beschreibung des Vorhabens:

Es handelt sich um ein BlmSchG-pflichtiges Bauvorhaben: ja ☐ nein ☒

Kurzbeschreibung des Bauvorhabens: Süd-östlich des Siel- und Schöpfwerkes in Neuenfelde

mündet der Binnendeichgraben über ein Einleitbauwerk in das Neuenfelder Schleusenfleet.

Für den Bau des Einleitbauwerkes wird eine Baugrube hergestellt, sodass eine kleinräumige
und temporäre Grundwasserabsenkung (Stauwasser) erforderlich wird.

(s. PFU 01_Erläuterungsbericht)

Zweck der Grundwasserabsenkung:

- ☒ Trockenhaltung der Baugrube bei wasserdurchlässigem Verbau
- ☐ Lenzen / Restwasserhaltung innerhalb eines wasserdichten Baugrubentroges
- ☐ Grundwasserentspannung (Druckspiegelabsenkung unter einer hydraulisch wirksamen Trennschicht)
- ☐ Pumpversuch
- ☐ Sonstiges: _____

Art des Baugrubenverbaus: _____

Der Baugrubenverbau wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planung (z.B. Ausführungsplanung)
festgelegt.

4. Beschreibung der örtlichen Gegebenheiten:

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie:

Die Auffüllungen der Deiche (Klei und Sand) und die Bereiche der Straßen (Tragschicht aus
sandiger Auffüllung) werden von gewachsenen organischen Weichböden (Klei, Torf) unterlagert.

Darunter stehen gewachsene schwach bis grobsandige Fein- und Mittelsande an. Hier steht das
Grundwasser an. Der Grundwasserleiter wird von der Maßnahme nicht tangiert.

Maßgeblicher k_f -Wert des Grundwasserleiters: _____ nicht erforderlich _____ (m/s)

Nachweise zur Bestimmung des Durchlässigkeitsbeiwertes k_f sind beizufügen, wie z.B. die Ergebnisse eines Pumpversuchs.

Fließrichtung des Grundwassers im ungestörten Zustand: Süd
(z.B. aus Baugrundgutachten oder <http://www.geoportal-hamburg.de/Geoportal/geo-online/index.html>)

5. Beschreibung der Grundwasserentnahme:

	Bauteil 1	Bauteil 2	Bauteil 3	
Bauteilbezeichnung: (z. B. Baugrube gesamt, Bauabschnitt, Fahrstuhlunterfahrten, tiefe Fundamente)	Einleitbauwerk			
Fläche der Absenkung:	ca. 65			m ²
Aushubebene:	ca. -0,4			m ü. NHN
Art der GW-Absenkung ¹ :	offene Wasserhaltung			
Bei Einsatz von Schwerkraftbrunnen: Anzahl / Ausbau (DN / Tiefe):				mm/m
Grundwasserstandshöhen: (bei hydraulisch wirksamer Trennschicht: Wasserstände ober- u. unterhalb angeben)	ca. -0,1			m ü. NHN
Absenkziel: ²	Baugrubensohle			m ü. NHN
Absenkmaß:	ca. 0,5			m
Reichweite der Absenkung: ²	kleinräumige Absenkung			m
Beginn der Absenkung:	April 1. Baujahr			Datum
Ende der Absenkung:	Juli 1. Baujahr			Datum
Entnahmedauer:	ca. 30 Tage			Monate
Maximale Förderrate: ²	je lfdm Baugrube ca. 0,2			m ³ /h
Maximale Gesamtfördermenge: ³	0,2 m ³ /(h*m) * 20,5m * 30d * 24h = ca. 2.952			m ³
Maximale Gesamtfördermenge aller Bauteile:	ca. 2.952			m ³

zu¹:

- Bauhilfsdrainage (offene Wasserhaltung)
- Pumpensumpf (offene Wasserhaltung)
- Vakuumbeaufschlagte Horizontaldrainage
- Vakuumkleinfilterbrunnen
- Schwerkraftbrunnen
- Sonstiges (bitte benennen)

zu²:

Bitte nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen und -methodik (notfalls Schätzungen) beifügen!

zu³:

Nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist für das Entnehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser mit Fördermengen

- von mehr als 10 Mio. m³ jährlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung,
- von mehr als 100.000 m³ und weniger als 10 Mio. m³ jährlich eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles,
- von weniger als 100.000 m³ jährlich (wenn erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind) eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie bei der Wasserbehörde.

6. Beschreibung des Einflussbereiches der Grundwasserabsenkung:

Hierzu sind folgende Unterlagen und Beschreibungen einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Reichweite des Absenktrichters. Bei setzungsempfindlichen Schichten (z. B. organische Weichschichten aus Torf / Klei) im Einflussbereich bzw. Gesamtfördermenge > 100.000 m³ mit Eintragung der berechneten Grundwassergleichen von der Baugrube bis zum unbeeinflussten Bereich mit einem Isolinienabstand von 25 cm (Δs),
- Darstellung empfindlicher Vegetationsbereiche, Naturdenkmäler o.ä. innerhalb des Einflussbereiches der Absenkung,
- Kenntnisse über Altlasten / Altlastverdacht auf dem Baugrundstück bzw. im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung.

Bei Vorhandensein setzungsempfindlicher Schichten innerhalb der Reichweite der Grundwasserabsenkung sind im vorstehend geforderten Lageplan zusätzlich darzustellen:

- die Lage / Ausdehnung der setzungsempfindlichen Schichten,
- durch Setzungen gefährdete Bauwerke (Gebäude, Leitungen etc.) und Bereiche mit möglichen Geländesetzungen,
- Gründungsart der gefährdeten Bauwerke.

Außerdem sind dem Antrag im Falle des Vorhandenseins setzungsempfindlicher Schichten folgende Unterlagen beizufügen:

- Gutachterliche Stellungnahme bzgl. der Auswirkungen der Grundwasserabsenkung auf die setzungsempfindlichen Schichten (Entwässerung, Auftriebsverlust, ...), der daraus resultierenden Auswirkungen auf die Bauwerke / das Gelände sowie geplanter Gegenmaßnahmen (z. B. Reduzierung der Reichweite der Grundwasserabsenkung durch Reinfiltration von gefördertem Grundwasser in denselben Grundwasserleiter),
- Berechnungsnachweise zu den möglichen Bauwerks- und Geländesetzungen,
- Beschreibung geplanter Setzungsmessungen (an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang, ...).

7. Geplante Eigenüberwachung der Grundwasserabsenkung:

z. B. im Hinblick auf Erfassung der geförderten Grundwassermenge, Durchführung von Grundwasserstandsmessungen (Art (Handlotung, Datenlogger, ...), Häufigkeit etc.), Überprüfung der Qualität des geförderten Grundwassers (Analysenumfang / -häufigkeit etc.):

Regelmäßige Analysen des Baugrubenwassers. Eigen- und Fremdüberwachung wird durch

die ausführende Firma gestellt.

Ein Lageplan mit Darstellung vorhandener und geplanter Grundwassermessstellen zur Kontrolle der Grundwasserstände innerhalb und außerhalb der Baugrube ist dem Antrag ggf. beizufügen.

8. Sonstige Angaben:

Sind **Beweissicherungen** durchgeführt worden bzw. geplant? Wenn ja, an welchen Bauwerken in welcher Art und in welchem Umfang?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Sind **Maßnahmen zum Schutz der Vegetation** vorgesehen? Wenn ja, welche (z. B. Bewässerung)?

Aufgrund kurzzeitiger und kleinräumiger Absenkung nicht erforderlich.

Wird der **natürliche Grundwasserabfluss** durch das Bauwerk und / oder den vorgesehenen Verbleib des Verbaus **im Untergrund behindert**? Ist dadurch ein dauerhafter Grundwasseraufstau und / oder eine dauerhafte Grundwasserabsenkung und / oder eine dauerhafte Umleitung des Grundwassers zu erwarten? Falls ja, Benennung von Vorschlägen zur Verhinderung bzw. Verminderung eines dauerhaften Aufstaus / Absenkens / Umleitens des Grundwassers nach Beendigung der Grundwasserhaltung (z. B. teilweiser Rückbau des Verbaus, Einbau von Kiespackungen zur Verbesserung der Umströmung des Bauwerks):

Nein, da kleinräumige und temporäre Arbeiten im Stauwasser Bereich.

Verbleib des geförderten Grundwassers: /Stauwassers

- ☐ öffentliches Siel¹
☒ Oberflächengewässer¹ Binnendeichgraben
☐ Einleitung in das Grundwasser (das geförderte Grundwasser darf nur in den Grundwasserleiter wieder eingeleitet werden, aus dem es entnommen wurde)

zu ¹: Die erforderliche Einleitungsgenehmigung bzw. Wasserrechtliche Erlaubnis ist bei der jeweils zuständigen Dienststelle separat zu beantragen! Nähere Informationen hierzu erhalten Sie im „Merkblatt zum Umgang mit Baugrubenwasser in Hamburg“ (Download unter www.hamburg.de/abwasser/formulare).

Nur bei Einleitung des geförderten Grundwassers in den genutzten Grundwasserleiter:

Art der Einleitung:

- ☐ Versickerungsanlage¹: Beschreibung: _____
☐ Infiltrationsbrunnen: Ausbau / Anzahl: _____
☐ Sonstiges: _____

zu¹: Es ist eine detaillierte Dimensionierung gemäß DWA-Arbeitsblatt-A 138 beizufügen.

Kurzbeschreibung des Baugrundes (z. B. Sand, Geschiebemergel, org. Weichschichten o.ä.) und der Hydrogeologie im Bereich der Einleitung:

Darüber hinaus sind bei Einleitung in das Grundwasser mit dem Antrag einzureichen:

- Lageplan mit Darstellung der Versickerungsanlage / der Infiltrationsbrunnen,
- Bohrprofile/Schichtenverzeichnisse aus dem Bereich der Einleitung.

Bemerkungen:

9. Einzureichende Antragsunterlagen:

Das Antragsformular, die im Antragsformular geforderten sowie die nachfolgenden Unterlagen sind in **zweifacher Ausfertigung** einzureichen:

- aktueller Flurkartenauszug mit Kennzeichnung der Baugrube,
- Übersichtsplan mit Darstellung des Baugrubenverbaus, der Aushubtiefen, der Wasserhaltungsanlagen, der Ablaufleitung, der Grundwasserfließrichtung, der Grundwassermessstellen etc.,
- Gebäudeschnitt mit Darstellung der Aushubtiefen, des Grundwasserstandes und der Absenkziele,
- Baugrundgutachten inkl. Lageplan ausgeführter Bohrungen, deren Bohrprofile mit angetroffenen Grundwasserständen (auf m ü. NHN bezogen) und eingezeichneter Höhenlage der Baugrubensohle; nach Möglichkeit Darstellung des geologischen Schichtenaufbaus (Profilschnitte),
- vorhandene Grundwasseranalysen; vorliegende Gutachten zu Schadstoffuntersuchungen des Bodens / Grundwassers.
- UVP-Bericht, wenn das Bauvorhaben im Zusammenhang mit einem förmlichen Verfahren nach BImSchG steht.

Datum / Unterschrift Antragsteller/in

Datum / Unterschrift Bauherr/in
oder Vorlage einer Vollmacht



Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Abteilung Wasserwirtschaft:

Telefon:

Frau Putfarcken-Mause:	040/42840-3574
Frau Heuer:	040/42840-5338
Herr Obarowski:	040/42840-3315

Teil 2: Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis nach §8 WHG

- b. Schachtbauwerke der Deichdränage
- c. Entwässerungsleitungen der Deichdränage und Straßenentwässerung
- d. Durchlässe Binnendeichgraben
- e. Einleitbauwerk ins Neuenfelder Schleusenfleet

Grundstück

Straße: Neuenfelder Hauptdeich, Cranzer Hauptdeich, **Hausnr.:**

Stadtteil: Neuenfelde, Cranz, **Postleitzahl:** 21129

~~Grundbuch:~~ Bauteil: Schachtbauwerke, **Flurstück(e):** 3573, 760

Gewässer: Binnendeichgraben

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Immissionsschutz und Abfallwirtschaft

- I 0122 -

Neuenfelder Straße 19

21109 Hamburg

Erlaubnisnummer

Sachbearbeitung

(nicht vom Antragsteller auszufüllen)

Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 WHG für die

☐ unbefristete

☒ befristete

(voraussichtl. vom April 2. Baujahr bis Juli 2. Baujahr)

☐ **Entnahme** von Oberflächenwasser; _____ m³/h,
_____ m³/d,
_____ m³/a,

☐ **Einleitung** von
☐ Niederschlagswasser _____ Dachfläche _____ m²,
_____ befestigte Grundfläche _____ m²,

☐ Drainwasser
☒ Stauwasser/Grundwasser/Baugrubenwasser _____ 0,2 m³/(h*m) ~~m³/h~~,
☐ indirektem Kühlwasser _____ m³/d,
☐ häuslichem oder ähnlichem Abwasser _____ m³/a,
☐ gewerblich-industriellem Abwasser

Erlaubnisinhaber/in (gebührenpflichtig nach § 20 HWaG/§ 4 GebG) für beantragte Gewässerbenutzung

Name/Firma: Hamburg Port Authority AöR

Straße, Hausnr.: Neuer Wandrahm 4

PLZ, Ort: 20457 Hamburg

Tel.: +49 40 42847-0 **Fax:** **E-Mail:**

Als Inhaber/in der beantragten Erlaubnis gebe ich/geben wir hiermit meine/unsere Einwilligung zum Erlaubnisantrag:

Datum und Unterschrift Erlaubnisinhaber/in

Antragsteller/in (wenn nicht zugleich Erlaubnisinhaber/in)

Name/Firma: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA

Anschrift: Überseeallee 1, 20475 Hamburg

Tel.: +49 40 380880-0 **Fax:** **E-Mail:**

Datum/Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

☒ **Behandlungsanlage**, Kurzbeschreibung: Einleitung in den Binnendeichgraben,
bei Bedarf erfolgen Reinigungsmaßnahmen

Für weitere Informationen siehe PF-Unterlagen:
PFU 01_Erläuterungsbericht, PFU 02_Zeichnungen, PFU 14_Baugrund

Eingereichte Unterlagen jeweils _____-fach (mindestens 3-fach, bei Baugrubenwasser 2-fach):
Dem Antrag liegen folgende Unterlagen bei und werden Bestandteil der wasserrechtlichen Erlaubnis:

- ☐ **Lageplan** (Deutsche Grundkarte)
(M 1 : 5.000) Sie soll eine Übersicht über das jeweilige Grundstück, seine Lage und das Einleitungsge-
wässer geben.
- ☐ **Auszug aus der Liegenschaftskarte** (M 1 : 1.000) **und dem Liegenschaftsbuch**
Kennzeichnung des Grundstücks, Eigentumsverhältnisse. Sollte nicht älter als ein Jahr sein.
- ☐ **Grundstücksentwässerungsplan (nach DIN 1986 Teil 100)**
Darin sollen alle Abwasserleitungen, Abwasserbehandlungsanlagen mit Kennzeichnung der Abwasserart
(z.B. Schmutzwasser, Niederschlagswasser), Einleitstellen in ein Gewässer, Entnahmestellen sowie Pro-
benahmestellen (ggf. separate Detaildarstellung) dargestellt werden. Befestigte Flächen für die Nieder-
schlagswasserentwässerung sind so zu kennzeichnen, dass eine Zuordnung zu einer Einleitstelle oder
einem Teilstrom mit Angabe der jeweiligen Flächengröße (ggf. Liste beifügen) möglich ist.
- ☐ **Verfahrensfließbild**
In schematischen Darstellungen (RI-Fließbild nach DIN EN ISO 10628) sind für den Gesamtwasserstrom
und/bzw. -abwasserstrom sowie für seine Teilströme Herkunft, Verwendung, Behandlung, Mess-,
Steuer-, Regelungs- und Sicherheitseinrichtungen, Verbleib, Mengen- (m^3/h , m^3/d , m^3/a) und ggf.
Frachtenbilanzen zu verdeutlichen.
- ☐ **Betriebsbeschreibung**
In der Betriebsbeschreibung sind detailliert die relevanten Produktionsprozesse zu beschreiben:
Anfallort und Entstehungsprozess des Abwassers, Abwasserkreisläufe, Kontaminationsquellen (punktuell,
diffus), zeitliche Veränderungen der Abwassermenge sowie der chemischen und physikalischen Eigen-
schaften (Tagesgang, Wochengang, etc.), Produktionskapazität, Auslastung, Vermeidungs- und Wieder-
verwendungsmöglichkeiten für Abwasser, Wassersparmaßnahmen und ggf. Benennung verantwortlicher
Aufsichtspersonen (Gewässerschutzbeauftragter).
- ☐ **Anlagenbeschreibung**
Detaillierte Beschreibung der Abwasseranlage und der einzelnen Abwasserbehandlungsverfahren mit
Nachweis der Bemessung sowie der Bemessungsgrundlagen, vorauss. Reinigungsleistung/Ablaufwerte,
Redundanzen, Wartung etc., Maßnahmen bei Schadens- oder Störfällen, Anfall von Reststoffen.
- ☐ **Analysenergebnisse**
Bei Anträgen auf Einleitung von Baugruben-, Stau- oder Grundwasser sind i.d.R. Rohwasseranalysen auf
die in der Anlage aufgeführten Parameter durchzuführen.
- ☐ **Sicherheitsdatenblätter u.ä.**
Für Wasserbehandlungskemikalien oder von Stoffen, die mit dem Abwasser in Berührung kommen
(können), müssen grundsätzlich Sicherheitsdatenblätter vorgelegt werden und zusätzlich, sofern nicht
darin enthalten, Angaben zur Toxizität gegenüber Wasserorganismen.

Darüber hinaus müssen die Unterlagen zusätzliche Informationen enthalten

- zur Beschreibung der Entnahme- bzw. Einleitungsstellen in ein Gewässer (bei Neubau von Ein-
leitbauwerken Angabe der NN-Höhe, Belegenheit am Gewässer mit Angabe der Hoch- und
Rechtswerte, Detaildarstellung des Bauwerks bzw. des Gerinnes) und
- ggf. zur Beschreibung der Auswirkungen auf das Gewässer.

Hinweis:

Für die Entnahme von Grundwasser/Stauwasser ist i.d.R. eine gesonderte
wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einzuholen bei:
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Wasserwirtschaft, W 12,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Tel. 428 40-5338 oder -3574.

Grundstück

Straße: Neuenfelder Hauptdeich, Cranzer Hauptdeich, **Hausnr.:**

Stadtteil: Neuenfelde, Cranz, **Postleitzahl:** 21129

~~Grundbuch:~~ Bauteil: Entwässerungsleitungen, **Flurstück(e):** 3573, 760

Gewässer: Binnendeichgraben

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Immissionsschutz und Abfallwirtschaft

- I 0122 -

Neuenfelder Straße 19

21109 Hamburg

Erlaubnisnummer

Sachbearbeitung

(nicht vom Antragsteller auszufüllen)

Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 WHG für die

☐ unbefristete

☒ befristete

(voraussichtl. vom April 2. Baujahr bis Juli 2. Baujahr)

☐ **Entnahme** von Oberflächenwasser; _____ m³/h,
_____ m³/d,
_____ m³/a,

☐ **Einleitung** von
☐ Niederschlagswasser _____ Dachfläche _____ m²,
_____ befestigte Grundfläche _____ m²,

☐ Drainwasser
☒ Stauwasser/Grundwasser/Baugrubenwasser _____ 0,2 m³/(h*m) ~~m³/h~~,
☐ indirektem Kühlwasser _____ m³/d,
☐ häuslichem oder ähnlichem Abwasser _____ m³/a,
☐ gewerblich-industriellem Abwasser

Erlaubnisinhaber/in (gebührenpflichtig nach § 20 HWaG/§ 4 GebG) für beantragte Gewässerbenutzung

Name/Firma: Hamburg Port Authority AöR

Straße, Hausnr.: Neuer Wandrahm 4

PLZ, Ort: 20457 Hamburg

Tel.: +49 40 42847-0 **Fax:** **E-Mail:**

Als Inhaber/in der beantragten Erlaubnis gebe ich/geben wir hiermit meine/unsere Einwilligung zum Erlaubnisantrag:

Datum und Unterschrift Erlaubnisinhaber/in

Antragsteller/in (wenn nicht zugleich Erlaubnisinhaber/in)

Name/Firma: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA

Anschrift: Überseeallee 1, 20475 Hamburg

Tel.: +49 40 380880-0 **Fax:** **E-Mail:**

Datum/Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

- ☒ **Behandlungsanlage**, Kurzbeschreibung: Einleitung in den Binnendeichgraben,
bei Bedarf erfolgen Reinigungsmaßnahmen

Für weitere Informationen siehe PF-Unterlagen:

PFU 01_Erläuterungsbericht, PFU 02_Zeichnungen, PFU 14_Baugrund

Eingereichte Unterlagen jeweils _____-fach (mindestens 3-fach, bei Baugrubenwasser 2-fach):

Dem Antrag liegen folgende Unterlagen bei und werden Bestandteil der wasserrechtlichen Erlaubnis:

- ☐ **Lageplan** (Deutsche Grundkarte)
(M 1 : 5.000) Sie soll eine Übersicht über das jeweilige Grundstück, seine Lage und das Einleitungsge-
wässer geben.
- ☐ **Auszug aus der Liegenschaftskarte** (M 1 : 1.000) **und dem Liegenschaftsbuch**
Kennzeichnung des Grundstücks, Eigentumsverhältnisse. Sollte nicht älter als ein Jahr sein.
- ☐ **Grundstücksentwässerungsplan (nach DIN 1986 Teil 100)**
Darin sollen alle Abwasserleitungen, Abwasserbehandlungsanlagen mit Kennzeichnung der Abwasserart
(z.B. Schmutzwasser, Niederschlagswasser), Einleitstellen in ein Gewässer, Entnahmestellen sowie Pro-
benahmestellen (ggf. separate Detaildarstellung) dargestellt werden. Befestigte Flächen für die Nieder-
schlagswasserentwässerung sind so zu kennzeichnen, dass eine Zuordnung zu einer Einleitstelle oder
einem Teilstrom mit Angabe der jeweiligen Flächengröße (ggf. Liste beifügen) möglich ist.
- ☐ **Verfahrensfließbild**
In schematischen Darstellungen (RI-Fließbild nach DIN EN ISO 10628) sind für den Gesamtwasserstrom
und/bzw. -abwasserstrom sowie für seine Teilströme Herkunft, Verwendung, Behandlung, Mess-,
Steuer-, Regelungs- und Sicherheitseinrichtungen, Verbleib, Mengen- (m^3/h , m^3/d , m^3/a) und ggf.
Frachtenbilanzen zu verdeutlichen.
- ☐ **Betriebsbeschreibung**
In der Betriebsbeschreibung sind detailliert die relevanten Produktionsprozesse zu beschreiben:
Anfallort und Entstehungsprozess des Abwassers, Abwasserkreisläufe, Kontaminationsquellen (punktuell,
diffus), zeitliche Veränderungen der Abwassermenge sowie der chemischen und physikalischen Eigen-
schaften (Tagesgang, Wochengang, etc.), Produktionskapazität, Auslastung, Vermeidungs- und Wieder-
verwendungsmöglichkeiten für Abwasser, Wassersparmaßnahmen und ggf. Benennung verantwortlicher
Aufsichtspersonen (Gewässerschutzbeauftragter).
- ☐ **Anlagenbeschreibung**
Detaillierte Beschreibung der Abwasseranlage und der einzelnen Abwasserbehandlungsverfahren mit
Nachweis der Bemessung sowie der Bemessungsgrundlagen, vorauss. Reinigungsleistung/Ablaufwerte,
Redundanzen, Wartung etc., Maßnahmen bei Schadens- oder Störfällen, Anfall von Reststoffen.
- ☐ **Analysenergebnisse**
Bei Anträgen auf Einleitung von Baugruben-, Stau- oder Grundwasser sind i.d.R. Rohwasseranalysen auf
die in der Anlage aufgeführten Parameter durchzuführen.
- ☐ **Sicherheitsdatenblätter u.ä.**
Für Wasserbehandlungskemikalien oder von Stoffen, die mit dem Abwasser in Berührung kommen
(können), müssen grundsätzlich Sicherheitsdatenblätter vorgelegt werden und zusätzlich, sofern nicht
darin enthalten, Angaben zur Toxizität gegenüber Wasserorganismen.

Darüber hinaus müssen die Unterlagen zusätzliche Informationen enthalten

- zur Beschreibung der Entnahme- bzw. Einleitungsstellen in ein Gewässer (bei Neubau von Ein-
leitbauwerken Angabe der NN-Höhe, Belegenheit am Gewässer mit Angabe der Hoch- und
Rechtswerte, Detaildarstellung des Bauwerks bzw. des Gerinnes) und
- ggf. zur Beschreibung der Auswirkungen auf das Gewässer.

Hinweis:

Für die Entnahme von Grundwasser/Stauwasser ist i.d.R. eine gesonderte
wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einzuholen bei:
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Wasserwirtschaft, W 12,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Tel. 428 40-5338 oder -3574.

Grundstück

Straße: Neuenfelder Hauptdeich, Cranzer Hauptdeich, **Hausnr.:**
Stadtteil: Neuenfelde, Cranz, **Postleitzahl:** 21129
Grundbuch: Bauteil: Durchlässe, **Flurstück(e):** 3573, 760
Gewässer: Binnendeichgraben

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Immissionsschutz und Abfallwirtschaft

- I 0122 -

Neuenfelder Straße 19

21109 Hamburg

Erlaubnisnummer

Sachbearbeitung

(nicht vom Antragsteller auszufüllen)

Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 WHG für die

☐ unbefristete

☒ befristete

(voraussichtl. vom April 1. Baujahr bis Juli 1. Baujahr)

☐ **Entnahme** von Oberflächenwasser; _____ m³/h,
_____ m³/d,
_____ m³/a,

☐ **Einleitung** von
☐ Niederschlagswasser _____ Dachfläche _____ m²,
_____ befestigte Grundfläche _____ m²,

☐ Drainwasser
☒ Stauwasser/Grundwasser/Baugrubenwasser _____ 0,2 m³/(h*m) _____ m³/h,
☐ indirektem Kühlwasser _____ m³/d,
☐ häuslichem oder ähnlichem Abwasser _____ m³/a,
☐ gewerblich-industriellem Abwasser

Erlaubnisinhaber/in (gebührenpflichtig nach § 20 HWaG/§ 4 GebG) für beantragte Gewässerbenutzung

Name/Firma: Hamburg Port Authority AöR

Straße, Hausnr.: Neuer Wandrahm 4

PLZ, Ort: 20457 Hamburg

Tel.: +49 40 42847-0 **Fax:** _____ **E-Mail:** _____

Als Inhaber/in der beantragten Erlaubnis gebe ich/geben wir hiermit meine/unsere Einwilligung zum Erlaubnisantrag:

Datum und Unterschrift Erlaubnisinhaber/in

Antragsteller/in (wenn nicht zugleich Erlaubnisinhaber/in)

Name/Firma: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA

Anschrift: Überseeallee 1, 20475 Hamburg

Tel.: +49 40 380880-0 **Fax:** _____ **E-Mail:** _____

Datum/Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

☒ **Behandlungsanlage**, Kurzbeschreibung: Einleitung in den Binnendeichgraben,
bei Bedarf erfolgen Reinigungsmaßnahmen

Für weitere Informationen siehe PF-Unterlagen:
PFU 01_Erläuterungsbericht, PFU 02_Zeichnungen, PFU 14_Baugrund

Eingereichte Unterlagen jeweils _____-fach (mindestens 3-fach, bei Baugrubenwasser 2-fach):
Dem Antrag liegen folgende Unterlagen bei und werden Bestandteil der wasserrechtlichen Erlaubnis:

- ☐ **Lageplan** (Deutsche Grundkarte)
(M 1 : 5.000) Sie soll eine Übersicht über das jeweilige Grundstück, seine Lage und das Einleitungsge-
wässer geben.
- ☐ **Auszug aus der Liegenschaftskarte** (M 1 : 1.000) **und dem Liegenschaftsbuch**
Kennzeichnung des Grundstücks, Eigentumsverhältnisse. Sollte nicht älter als ein Jahr sein.
- ☐ **Grundstücksentwässerungsplan (nach DIN 1986 Teil 100)**
Darin sollen alle Abwasserleitungen, Abwasserbehandlungsanlagen mit Kennzeichnung der Abwasserart
(z.B. Schmutzwasser, Niederschlagswasser), Einleitstellen in ein Gewässer, Entnahmestellen sowie Pro-
benahmestellen (ggf. separate Detaildarstellung) dargestellt werden. Befestigte Flächen für die Nieder-
schlagswasserentwässerung sind so zu kennzeichnen, dass eine Zuordnung zu einer Einleitstelle oder
einem Teilstrom mit Angabe der jeweiligen Flächengröße (ggf. Liste beifügen) möglich ist.
- ☐ **Verfahrensfließbild**
In schematischen Darstellungen (RI-Fließbild nach DIN EN ISO 10628) sind für den Gesamtwasserstrom
und/bzw. -abwasserstrom sowie für seine Teilströme Herkunft, Verwendung, Behandlung, Mess-,
Steuer-, Regelungs- und Sicherheitseinrichtungen, Verbleib, Mengen- (m^3/h , m^3/d , m^3/a) und ggf.
Frachtenbilanzen zu verdeutlichen.
- ☐ **Betriebsbeschreibung**
In der Betriebsbeschreibung sind detailliert die relevanten Produktionsprozesse zu beschreiben:
Anfallort und Entstehungsprozess des Abwassers, Abwasserkreisläufe, Kontaminationsquellen (punktuell,
diffus), zeitliche Veränderungen der Abwassermenge sowie der chemischen und physikalischen Eigen-
schaften (Tagesgang, Wochengang, etc.), Produktionskapazität, Auslastung, Vermeidungs- und Wieder-
verwendungsmöglichkeiten für Abwasser, Wassersparmaßnahmen und ggf. Benennung verantwortlicher
Aufsichtspersonen (Gewässerschutzbeauftragter).
- ☐ **Anlagenbeschreibung**
Detaillierte Beschreibung der Abwasseranlage und der einzelnen Abwasserbehandlungsverfahren mit
Nachweis der Bemessung sowie der Bemessungsgrundlagen, vorauss. Reinigungsleistung/Ablaufwerte,
Redundanzen, Wartung etc., Maßnahmen bei Schadens- oder Störfällen, Anfall von Reststoffen.
- ☐ **Analysenergebnisse**
Bei Anträgen auf Einleitung von Baugruben-, Stau- oder Grundwasser sind i.d.R. Rohwasseranalysen auf
die in der Anlage aufgeführten Parameter durchzuführen.
- ☐ **Sicherheitsdatenblätter u.ä.**
Für Wasserbehandlungskemikalien oder von Stoffen, die mit dem Abwasser in Berührung kommen
(können), müssen grundsätzlich Sicherheitsdatenblätter vorgelegt werden und zusätzlich, sofern nicht
darin enthalten, Angaben zur Toxizität gegenüber Wasserorganismen.

Darüber hinaus müssen die Unterlagen zusätzliche Informationen enthalten

- zur Beschreibung der Entnahme- bzw. Einleitungsstellen in ein Gewässer (bei Neubau von Ein-
leitbauwerken Angabe der NN-Höhe, Belegenheit am Gewässer mit Angabe der Hoch- und
Rechtswerte, Detaildarstellung des Bauwerks bzw. des Gerinnes) und
- ggf. zur Beschreibung der Auswirkungen auf das Gewässer.

Hinweis:

Für die Entnahme von Grundwasser/Stauwasser ist i.d.R. eine gesonderte
wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einzuholen bei:
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Wasserwirtschaft, W 12,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Tel. 428 40-5338 oder -3574.

Grundstück

Straße: Neuenfelder Hauptdeich, **Hausnr.:**
Stadtteil: Neuenfelde, **Postleitzahl:** 21129
Grundbuch: Bauteil: Einlaufbauwerk, **Flurstück(e):** 3573
Gewässer: Binnendeichgraben

An die
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Immissionsschutz und Abfallwirtschaft
- I 0122 -
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

Erlaubnisnummer

Sachbearbeitung

(nicht vom Antragsteller auszufüllen)

Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 WHG für die

☐ unbefristete ☒ befristete
(voraussichtl. vom April 1. Bauj bis Juni 1. Bauj)

☐ **Entnahme** von Oberflächenwasser; _____ m³/h,
_____ m³/d,
_____ m³/a,

☐ **Einleitung** von
☐ Niederschlagswasser _____ Dachfläche _____ m²,
_____ befestigte Grundfläche _____ m²,

☐ Drainwasser
☒ Stauwasser/Grundwasser/Baugrubenwasser _____ 0,2 m³/(h*m) ~~m³/h~~,
☐ indirektem Kühlwasser _____ m³/d,
☐ häuslichem oder ähnlichem Abwasser _____ m³/a,
☐ gewerblich-industriellem Abwasser

Erlaubnisinhaber/in (gebührenpflichtig nach § 20 HWaG/§ 4 GebG) für beantragte Gewässerbenutzung

Name/Firma: Hamburg Port Authority AöR
Straße, Hausnr.: Neuer Wandrahm 4
PLZ, Ort: 20457 Hamburg
Tel.: +49 40 42847-0 **Fax:** **E-Mail:**

Als Inhaber/in der beantragten Erlaubnis gebe ich/geben wir hiermit meine/unsere Einwilligung zum Erlaubnisantrag:

Datum und Unterschrift Erlaubnisinhaber/in

Antragsteller/in (wenn nicht zugleich Erlaubnisinhaber/in)

Name/Firma: ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH im Auftrag der HPA
Anschrift: Überseeallee 1, 20475 Hamburg
Tel.: +49 40 380880-0 **Fax:** **E-Mail:**

Datum/Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

☒ **Behandlungsanlage**, Kurzbeschreibung: Einleitung in den Binnendeichgraben,
bei Bedarf erfolgen Reinigungsmaßnahmen

Für weitere Informationen siehe PF-Unterlagen:
PFU 01_Erläuterungsbericht, PFU 02_Zeichnungen, PFU 14_Baugrund

Eingereichte Unterlagen jeweils _____-fach (mindestens 3-fach, bei Baugrubenwasser 2-fach):
Dem Antrag liegen folgende Unterlagen bei und werden Bestandteil der wasserrechtlichen Erlaubnis:

- ☐ **Lageplan** (Deutsche Grundkarte)
(M 1 : 5.000) Sie soll eine Übersicht über das jeweilige Grundstück, seine Lage und das Einleitungsge-
wässer geben.
- ☐ **Auszug aus der Liegenschaftskarte** (M 1 : 1.000) **und dem Liegenschaftsbuch**
Kennzeichnung des Grundstücks, Eigentumsverhältnisse. Sollte nicht älter als ein Jahr sein.
- ☐ **Grundstücksentwässerungsplan (nach DIN 1986 Teil 100)**
Darin sollen alle Abwasserleitungen, Abwasserbehandlungsanlagen mit Kennzeichnung der Abwasserart
(z.B. Schmutzwasser, Niederschlagswasser), Einleitstellen in ein Gewässer, Entnahmestellen sowie Pro-
benahmestellen (ggf. separate Detaildarstellung) dargestellt werden. Befestigte Flächen für die Nieder-
schlagswasserentwässerung sind so zu kennzeichnen, dass eine Zuordnung zu einer Einleitstelle oder
einem Teilstrom mit Angabe der jeweiligen Flächengröße (ggf. Liste beifügen) möglich ist.
- ☐ **Verfahrensfließbild**
In schematischen Darstellungen (RI-Fließbild nach DIN EN ISO 10628) sind für den Gesamtwasserstrom
und/bzw. -abwasserstrom sowie für seine Teilströme Herkunft, Verwendung, Behandlung, Mess-,
Steuer-, Regelungs- und Sicherheitseinrichtungen, Verbleib, Mengen- (m^3/h , m^3/d , m^3/a) und ggf.
Frachtenbilanzen zu verdeutlichen.
- ☐ **Betriebsbeschreibung**
In der Betriebsbeschreibung sind detailliert die relevanten Produktionsprozesse zu beschreiben:
Anfallort und Entstehungsprozess des Abwassers, Abwasserkreisläufe, Kontaminationsquellen (punktuell,
diffus), zeitliche Veränderungen der Abwassermenge sowie der chemischen und physikalischen Eigen-
schaften (Tagesgang, Wochengang, etc.), Produktionskapazität, Auslastung, Vermeidungs- und Wieder-
verwendungsmöglichkeiten für Abwasser, Wassersparmaßnahmen und ggf. Benennung verantwortlicher
Aufsichtspersonen (Gewässerschutzbeauftragter).
- ☐ **Anlagenbeschreibung**
Detaillierte Beschreibung der Abwasseranlage und der einzelnen Abwasserbehandlungsverfahren mit
Nachweis der Bemessung sowie der Bemessungsgrundlagen, vorauss. Reinigungsleistung/Ablaufwerte,
Redundanzen, Wartung etc., Maßnahmen bei Schadens- oder Störfällen, Anfall von Reststoffen.
- ☐ **Analysenergebnisse**
Bei Anträgen auf Einleitung von Baugruben-, Stau- oder Grundwasser sind i.d.R. Rohwasseranalysen auf
die in der Anlage aufgeführten Parameter durchzuführen.
- ☐ **Sicherheitsdatenblätter u.ä.**
Für Wasserbehandlungskemikalien oder von Stoffen, die mit dem Abwasser in Berührung kommen
(können), müssen grundsätzlich Sicherheitsdatenblätter vorgelegt werden und zusätzlich, sofern nicht
darin enthalten, Angaben zur Toxizität gegenüber Wasserorganismen.

Darüber hinaus müssen die Unterlagen zusätzliche Informationen enthalten

- zur Beschreibung der Entnahme- bzw. Einleitungsstellen in ein Gewässer (bei Neubau von Ein-
leitbauwerken Angabe der NN-Höhe, Belegenheit am Gewässer mit Angabe der Hoch- und
Rechtswerte, Detaildarstellung des Bauwerks bzw. des Gerinnes) und
- ggf. zur Beschreibung der Auswirkungen auf das Gewässer.

Hinweis:

Für die Entnahme von Grundwasser/Stauwasser ist i.d.R. eine gesonderte
wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einzuholen bei:
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Wasserwirtschaft, W 12,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Tel. 428 40-5338 oder -3574.